



ISRAEL / PALÄSTINA

SCHLUSS MIT DER GAZA-BLOCKADE!

Der tödliche Angriff der israelischen Spezialeinheiten auf die humanitäre GAZA-Friedensflotte wurde nahezu von der gesamten internationalen Gemeinschaft verurteilt. Ziel der Friedensflotte war es der notleidenden Bevölkerung im eingeschlossenen GAZA lebensnotwendige Güter zu bringen - vor allem Medikamente und Baumaterialien für Schulen. Politisch-symbolisch sollte damit auch die israelische Blockade durchbrochen werden.

Neun Zivilisten wurden dabei am 31. Mai erschossen, 40 weitere zum Teil schwer verletzt. Die 600 FriedensaktivistInnen aus über 40 Nationen wurden festgenommen und inzwischen in ihre Heimatländer abgeschoben.

Entscheidend ist: Der Angriff fand in den internationalen Gewässern statt und stellt daher einen klaren Bruch des Völkerrechts dar.

Erklärbar ist dieser neuerliche Völkerrechtsbruch Israels nur aus der bisherigen bedingungslosen Unterstützung der kolonial - nationalistischen Politik Israels durch die westlichen Staatskanzleien, insbesondere des Hauptverbündeten Israels, die USA. Solange sich das nicht ändert, kann die rechte israelische Regierung ihre zionistische Politik fortsetzen. Diese zielt auf Errichtung, Rechtfertigung und Bewahrung eines jüdischen Nationalstaates mit einer ethnischen jüdischen Mehrheit in ganz Palästina.

Die seit mehr als 50 Jahren andauernde systematische Vertreibung der einheimischen palästinensischen Bevölkerung ist die Folge dieser Politik.

Dieser neuerliche barbarische Akt muss international zum Wendepunkt gegenüber der Politik Israels werden..

Solange nämlich die Regierung in Israel keine entschiedenen diplomatischen, politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Schritte zu befürchten hat, wird es zu keiner Änderung ihrer Politik kommen und liegt der notwendige Friede in Nahost in unerreichbarer Ferne. Seit 60 Jahren handeln die israelischen Regierungen so, als ob das internationale Recht für sie nicht gelte. Nur spürbare Sanktionen können sie zwingen, internationales Recht einzuhalten.

GAZA: EIN FREILUFTGEFÄNGNIS

Nachdem die Hamas vor 3 Jahren die von allen internationalen Beobachtern als demokratisch bezeichneten Wahlen gewonnen hatte, machte Israel aus Gaza unter Mithilfe Ägyptens das größte Freiluftgefängnis der Welt. 1,5 Millionen Menschen werden auf engstem Raum in permanenter Unterernährung gehalten. Territorial und politisch wird eine von Israel

gewollte Spaltung der palästinensischen Bevölkerung bewirkt. Israel hofft damit die PalästinenserInnen weiterhin unter Kontrolle halten zu können und agiert mit dem Argument, sie hätten keinen gemeinsamen Ansprech-Partner für Friedensverhandlungen.

Um die Jahreswende 2008/09 hat die israelische Luftwaffe Gaza einige Wochen hindurch bombardiert. 1470 Tote auf palästinensischer Seite und 13 Tote auf israelischer Seite zeugen von der haushohen militärischen Überlegenheit und der Einseitigkeit dieses Jahrhundertkonfliktes.



WIR FORDERN VON DER ÖSTERREICHISCHEN POLITIK

- ➔ Dass sie über die üblichen verbalen Empörungen hinausgeht und konkrete Maßnahmen zur wirkungsvollen Sanktionierung der Völkerrechtsverletzungen durch Israel setzt. Als erster Schritt sind die zwischen dem österreichischen Bundesheer und der israelischen Besatzungsarmee bestehenden Kooperationsvereinbarungen sofort zu kündigen
- ➔ Dass Bundespräsident Heinz Fischer sich an der Nahostpolitik Bruno Kreisky zu orientieren beginnt
- ➔ Dass Maßnahmen gesetzt werden, die zur Stärkung der innerisraelischen Friedensbewegung beitragen
- ➔ Dass die EU-Abgeordneten eine Initiative setzen, die den erst vor kurzem beschlossenen OECD-Beitritt Israels wieder rückgängig macht und dass auch von Seite der EU weitere Sanktionsmaßnahmen ergriffen werden

So wie seinerzeit bei der Überwindung des Apartheidregimes in Südafrika ist die internationale Politik und Öffentlichkeit aufgefordert, auf Israel durch Sanktionen solange Druck auszuüben, bis es

- ➔ die Blockade des Gaza-Streifens aufhebt
- ➔ die gewählte Hamas-Führung als Partner in Friedensverhandlungen akzeptiert
- ➔ einem souveränen, unabhängigen Staat des palästinensischen Volkes mit den Grenzen vor 1967 und der Hauptstadt Ost-Jerusalem zustimmt

